

1 Die große Aufgabe: Frieden.

„Und alle Lokomotiven fahren nach der neuen Stadt. Und die neue Stadt, das ist die Stadt, in der die weisen Männer, die Lehrer und die Minister, nicht lügen, in der die Dichter sich von nichts anderem verführen lassen, als von der Vernunft ihres Herzens, das ist die Stadt, in der die Mütter nicht sterben und die Mädchen keine Syphilis haben, die Stadt, in der es keine Werkstätten für Prothesen und keine Rollstühle gibt, das ist die Stadt, in der der Regen Regen genannt wird und die Sonne Sonne, die Stadt, in der es keine Keller gibt, in denen blaßgesichtige Kinder nachts von Ratten angefressen werden, und in der es keine Dachböden gibt, in denen sich die Väter erhängen, weil die Frauen kein Brot auf den Tisch stellen können, das ist die Stadt, in der die Jünglinge nicht blind und nicht einarmig sind und in der es keine Generäle gibt, das ist die neue, die großartige Stadt, in der sich alle hören und sehn und in der alle verstehen: mon coeur, the night, your heart, the day, der Tag, die Nacht, das Herz.“

Aus: Wolfgang Borchert: Im Mai, im Mai schrie der Kuckuck, 1946/47.

Ausgangspunkt der Bewegung für eine Zivilklausel in Köln war das „Nie wieder!“, das unbedingte Nein zur Entmenschlichung durch den Krieg, und das Ja zur Humanisierung von Hochschule und Gesellschaft. Von da aus ließen sich Bündnispartner überzeugen und gewinnen, was eine Positionierung der Verfassten Studierendenschaft für ausschließlich zivile Wissenschaft ermöglichte.

Erster Beschluss des Studierendenparlaments der Universität Köln vom 26. Mai 2009 für eine Selbstverpflichtung der Hochschule auf ausschließlich zivile Zwecke:

Das Studierendenparlament der Universität zu Köln möge befassen, beraten, beschließen, durch sein Präsidium dem Senat der Universität weiterleiten, und in der „Rückmeldung“ zu veröffentlichen:

Keine Zusammenarbeit mit militärischen Einrichtungen und rüstungsrelevanten Betrieben an der Universität Köln

Die Zusammenarbeit von Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen mit militärischen Einrichtungen und rüstungsrelevanten Betrieben dient der Kriegsproduktion, der Kriegsvorbereitung und der Kriegsführung. Die Geschichte der deutschen Universitäten verpflichtet: Durch ihre Indienstrafe und bereitwilliges Mittun während des Faschismus sind der Weltkrieg sowie die systematische Ausbeutung und Ermordung von Millionen von Menschen erst ermöglicht worden. Sozialer Fortschritt und Demokratisierung weltweit, die Erforschung von Friedensursachen, zivile internationale Konfliktaustragung sowie umfassende Abrüstung und Konversion sind zentrale Aufgabe auch für die Wissenschaft. Um ihr gerecht werden zu können, ist der Einfluss von Kriegsverdienern und Militär auf die Wissenschaft zurückzuweisen.

Das Studierendenparlament fordert daher:

- die Offenlegung sämtlicher Drittmittel-geförderter Projekte an der Universität Köln
- die Beendigung sämtlicher militärischer und rüstungsrelevanter Kooperationen an der Uni Köln

Das Studierendenparlament fordert den Senat der Universität Köln dazu auf, eine Selbstverpflichtung der Universität gegen jegliche Zusammenarbeit mit militärischen Einrichtungen und rüstungsrelevanten Betrieben zu beschließen und in ihrer Grundordnung festzuschreiben.

Außerdem fordert das Studierendenparlament die studentischen VertreterInnen im Senat dazu auf, sich das hier gefasste Anliegen zu Eigen zu machen und entsprechend diesem Beschluss Anträge im Senat zu stellen.

Antragsteller:

- Wendepunkt – Junge Sozialisten an der Uni Köln

Ausschnitt aus dem Flugblatt „Voraussetzung für den Frieden ist die Beendigung des Krieges. Truppen raus aus Afghanistan!“ von Wendepunkt – Junge Sozialisten vom Oktober 2010 →

Unter den Bedingungen militärischer und wirtschaftlicher Bevormundung und Krieg kann der Wiederaufbau nicht beginnen und keine soziale, demokratische und wirtschaftliche Entwicklung von statten gehen. Voraussetzung für eine souveräne und zivile Entwicklung in Afghanistan ist daher die Beendigung der militärischen Invasion, d. h. der vollständige Abzug der Truppen. Erst dadurch kann die Bevölkerung wieder zu Einfluss auf die Entwicklung des Landes gelangen und können fortschrittliche soziale Kräfte – Gewerkschaften, Friedens-, Frauen- und Studentenorganisationen – gestärkt werden.

Alles Gute kommt von unten.



Ein Bündnis von Die Linke.SDS und dem sozialistischen Flügel der Juso-Hochschulgruppe initiierte eine Veranstaltung für die Beendigung des Kriegs in Afghanistan:

Mythos humanitärer Krieg Frieden für Afghanistan!

Diskussion mit Christine Buchholz
(Friedenspolitische Sprecherin der LINKEN, MdB)
am 21.10. um 19:30 Uhr in HS XII

